

LÉGATION DE SUISSE  
WASHINGTON 8, D. C.  
Politischer Bericht Nr. 4

den 12. Maerz 1947

In circulation

11. 4/2

20. 3.

Herr Bundesrat,

Der Praesident hat heute im Kongress die Kreditanforderungen unterbreitet, die, wenn sie bewilligt werden, der Finanzierung der amerikanischen Hilfe fuer Griechenland und die Tuerkei dienen sollen. Praesident Truman verlas die Botschaft selbst, und der Kongress nahm sie mit starkem Beifall entgegen. Von einigen, die dabei waren, habe ich gehoert, dass die Versammlung die Rede ueberaus aufmerksam, ja gespannt anhoerte. Am Ende der Sitzung beschrieben einige Volksvertreter die Botschaft als eine weltumspannende Monroe-Doktrin; andere zoegerten nicht, sie als eine Kriegserklaerung an Russland zu charakterisieren, gerade weil sie Russland nicht beim Namen nannte. Die Aeusserungen entsprangen dem Beduerfnis, die historische Bedeutung des Erlebnisses festzuhalten.

Indem er gleich eingangs den "Ernst der Lage" hervorhob, und in der Folge auch davon sprach, dass die amerikanische Politik neue Wege einschlagen muesse, indem er ferner betonte, dass er wieder an den Kongress gelangen wuerde, wenn es sich als notwendig erweisen sollte, verlieh Praesident Truman seiner Botschaft den Stil eines Appells an das amerikanische Volk, von dem die Berater erhoffen, dass seine Wirkung so nachhaltig sein werde, wie die seines Vorgaengers. Diejenigen, die fuer diese Formulierung verantwortlich waren, hatten sicher auch die Moskauer Konferenz im Sinne; noch mehr aber war es ihnen darum zu tun, die eigenen Leute aufzuruetteln, die Volksvertreter auf dem Capitol sowohl

Herrn Bundesrat M. Petitpierre  
Vorsteher des Eidgenoessischen Politischen Departements  
B E R N.



- 2 -

als auch die grosse Masse.

Es empfiehlt sich, nicht zu uebersehen, dass der Praesident sich gezwungen sah, an der heutigen griechischen Regierung, der gleichen, die an ihn appelliert hatte, allerlei auszusetzen; denn das ist die Tuere, durch die einige wirklich liberale Kraefte mit Sinn fuer Gemeinwohl, die jetzt nicht angehört werden, sich spaeter vielleicht Zugang verschaffen koennen. Er hat sein Bemaengeln mit dem Hinweis entschuldigt, dass alle Regierungen Schwaechen haetten und Fehler begingen; aber es war ihm doch darum zu tun, zum Teil nach Europa hin, zum andern aber auch wiederum zu seinen Landsleuten sprechend, die Ueberzeugung zu bestaerken, dass die amerikanische Regierung sich nicht mit allem zu identifizieren gedenke, was vom heutigen Regime in Griechenland, das sie zu retten vorhat, getan und nicht getan worden ist. Seine Ausfuehrungen lassen jedoch keinen Zweifel darueber zu, dass die amerikanische Regierung dem politischen System in Griechenland - und in der Tuerei - die Qualifizierung "demokratisch" zuerkennt. Damit gibt sie auch indirekt zu, dass es ihr heute im Mittelmeer um die Wahrnehmung ihrer eigenen Interessen zu tun ist; denn sie ist anderswo, wo sie diese nicht laenger als gefaehrdet betrachtet, wie z.B. in Spanien, weniger zur Folgerung geneigt, dass totalitaere Regimes, die "freien Voelkern durch direkte oder indirekte Agression aufgezwungen worden sind" eine Gefahr fuer den internationalen Frieden und damit fuer die Sicherheit der U.S.A. bilden: Fuer die neue Abgrenzung der amerikanischen Interessensphaere im Mittelmeer und im Nahen und Mittleren Osten haben die mit der Planung der defensiven und offensiven Strategie betrauten Stellen die Plaene geliefert.

- 3 -

Trumans Berater haben es als gegeben erachtet, die Entsendung von Beratern der verschiedensten Kategorien, auch militaerischen Instruktoren, sowohl nach Athen und nach Ankara, als etwas hinzustellen, worum die amerikanische Regierung gebeten worden sei. Das war in Athen aber nicht der Fall; denn die Geste, die dort in allerletzter Stunde gemacht worden ist, und die in diesem Sinne interpretiert werden kann, geschah erst, als die Erhebungen der Porter-Kommission unter anderm viel belastendes Material angehaeuft hatten, das unmoeglicherweise nur als durch die Machenschaften der Gegner des Regimes bedingt beschrieben werden konnte. Die Englaender, die all die Zeit her Berater in Athen sitzen hatten, machen kein Geheimnis daraus, dass die Griechen bis jetzt auf Ratschlaege nicht viel gegeben haben. Es sollte/jetzt, verlautet hier, nachdem der Praesident sich ueber diesen Aspekt der griechischen Krise ausgelassen hat, leichter sein, da und dort in Athen einzuschreiten; der Porter-Befund habe bereits klargestellt, dass die Kreise, die seit dem Ende des Krieges in der Regierung die Oberhand hatten - die Finanz-, Reeder- und Handelswelt - eine Bewegungsfreiheit genossen, die man auch hier nicht billige. So viel ueber das, was viele Leute meinen, wenn sie von Korruption in Griechenland reden und schreiben.

\* \*  
\* \*

In der Britischen Botschaft vernehme ich, dass sie im Staatsdepartement schon um einige Monate zurueck von der immer untragbarer werdenden Belastung gesprochen haben, die die Aufrechterhaltung

- 4 -

von Streitkraefte in Griechenland und die Versorgung der griechischen Truppen fuer Grossbritannien bedeute. Darueber seien ihr Warnungssignale von Zeit zu Zeit gegeben worden; aber es treffe zu, dass das endgueltige ziemlich unvermittelt, erst nach Ermahnungen des britischen Schatzamtes im Foreign Office, erfolgt sei. Die britischen Beobachter in Griechenland sind allem nach der Ueberzeugung, dass es, wenn die griechische Armee erst einmal neu ausgeruestet und in der Handhabung moderner Waffen ausgebildet sei, nicht schwer halten werde, die Partisanen im Norden zur Kapitulation zu zwingen.

In der Britischen Botschaft herrscht auch die Ansicht vor, dass das abrupte und aggressive Auftreten der russischen Regierung im Kreise der grossen Maechte seit langem schon nicht so sehr aus dem Bewusstsein ihrer Staerke entspringe, sondern durch eine lange Reihe von innern Schwierigkeiten bedingt sei. Ich weiss auch, dass die massgebenden Persoenlichkeiten in der Botschaft in diesem Sinne mit ihren Freunden im Staatsdepartement und in der Presse reden. Lord Inverchapel unterlaesst es allerdings nie, hinzuzufuegen, dass man Zeit gewinnen muesse, um es sich dann leisten zu koennen, den Russen gegenueber Geduld zu ueben.

\* \*  
\* \*

Der Staatssekretaer hatte noch am 14. Februar in einer schriftlichen Erklaerung der Umbildung der griechischen Regierung auf breiter Grundlage das Wort geredet; er hatte hinzugefuegt, dass sie auch mit der Unterdrueckung ihrer politischen Gegner aufhoeren sollte (der Praesident hat in seine Botschaft ebenfalls einen Appell zur Toleranz eingeflochten). Marshall soll aber, wie ich aus guter Quelle

vernehme, schon bald darauf jenen Aspekt der griechischen Krise als zweitrangig bezeichnet haben, indem er einem Berater, der ihn zur Sprache brachte, zu bedenken gab, dass man, wenn ein Haus brenne, nicht nach der Reinheit des Wassers zum Loeschen frage.

Im Zeitpunkt der Abreise Marshalls nach Moskau hatte es noch so ausgesehen, als ob er die griechische Krise nur als eines von vielen Symptomen der fortschreitenden Laehmung der Zusammenarbeit bewerte. Heute weiss man, dass er ihre Bekaempfung und die Etablierung einer Art von Ruhe und Ordnung in Griechenland als eine erste Vorkehrung ansieht, die der Errichtung von Basen dienen soll, die bis auf weiteres mit von amerikanischen Instruktionsoffizieren geschulten einheimischen Truppen bemannt bleiben sollen. Das gleiche wird auch in der Tuerkei geschehen, in Saudi-Arabien und in Iran, wo amerikanische Berater aus der Privatwirtschaft heute schon eine ausschlaggebende Rolle spielen. Es ist auch nicht zufaellig, dass die Vereingten Nationen weder in diesem Gebiete noch in Griechenland herbeigezogen werden; die Rueckkehr zum Denken in Interessensphaeren ist komplet. Einige Beobachter in hiesigen europaeischen Botschaften hoffen, dass die Wendung der Wiederaufnahme von Gespraechen ueber eine fuer alle annehmbare Interpretation der Vereinbarungen von Yalta und spaeter der Potsdamer den Weg ebnen werde. Senator Vandenberg soll, wie ich hoere, zu einigen, die ihm ihre Besorgnis ueber die Zuspitzung der Lage nicht verhehlten, in diesem Sinne gesprochen haben.

Im Lichte dieser Informationen betrachtet, kann die Botschaft des Praesidenten vom 12. Maerz nur als eine an die Adresse der Sowjetunion gerichtete Warnung bewertet werden, dahinlautend, dass die amerikanische Regierung, nach manchen Enttaeuschungen, ihre Auslegung

der Abmachungen von Jalta und, soweit sie in Frage kommen, von Potsdam mit aller Festigkeit und, wenn es nicht anders geht, mit den gleichen Mitteln wahrzunehmen gedenkt, auf die sie da und dort in der Handhabung der sowjetrussischen Politik gestossen ist. Sie tut es damit, wie sie geltend macht, nur der Sowjetregierung nach. Diese hatte bis anhin, wie man weiss, ab und zu den einen oder andern ihrer Schritte London und Washington zur Kenntnis gebracht; aber bei weitem nicht alle. Nun sieht es aber so aus, als ob die amerikanische Regierung sich endguelteig dafuer entschieden habe, dem Schein, den die Sowjetregierung gelegentlich zu wahren sucht, nicht laenger einen Einfluss auf ihre eigene Handlungsweise einzu-raeumen.

Es ist unausbleiblich, dass die militaerischen und die mit ihnen zusammenarbeitenden Nachrichtenstellen in der Durchfuehrung der neuen Politik viel zu sagen haben werden. Der Praesident der Senatskommission fuer auswaertige Angelegenheiten verspricht zwar heute noch seinen zum Teil kritisch gestimmten Freunden, dass er die Entwicklung dieser Intervention mit scharfem Auge verfolgen und gegen Uebergriffe - der Militaers - auf zivile Gebiete ruecksichtslos einschreiten werde. Ich habe noch niemanden begegnet, der diese Beteuerung Vandenberg's ernst nimmt; dahingegen haben manche Beobachter, nach wie vor, Vertrauen in den bei hden amerikanischen Offizieren anzutreffenden, militaristischen Getue abhold gesinnten gesunden Menschenverstand. Die amerikanischen Liberalen, die sich um Henry Wallace scharen, aeussern sich jedoch, was festgehalten werden muss, inbezug auf den Geist und die Motive, die die Befuerworter der neuesten amerikanischen Mission in Europa beschwingen, abschaetzig, ja bitter.

- 7 -

Genehmigen Sie, Herr Bundesrat, die Versicherung meiner  
ausgezeichneten Hochachtung.

*7/a. Emil Kunder.*

Beilage: 1 Zeitungsausschnitt.